

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisstraße 33.
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Zertrate an Wochentagen bis
8 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 9 Uhr.
In den Filialen für Inf. Annahme:
Cito Klemm, Universitätsstr. 22,
Gauls Ediger, Katharinenstr. 18, p.
nur bis 1/3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 15,250.
Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 M.,
incl. Frachtporto 5 M.,
durch die Post bezogen 6 M.
Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belagexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbefreiung 36 M.,
mit Postbefreiung 46 M.
Inserate 10 Ggr. Courant, 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis — Tabellarischer
Satz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsbilde
die Spalte 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pro numerando
oder durch Postnachnahme.

№ 174.

Sonnabend den 23. Juni 1877.

71. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag den 24. Juni nur Vormittags bis 1/9 Uhr

geschlossen.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Bekanntmachung.

Unter heutigem Tage ist der Eingang zur Feuer-Meldestelle von der Waldstraße Nr. 12 nach der Fregestraße Nr. 7 verlegt worden.
Leipzig, den 21. Juni 1877.

Das Commando der Feuerweh-
Reißer.

Bekanntmachung.

Das 25. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetzblattes ist bei uns eingegangen und wird bis zum 9. d. Mts. auf dem Rathhaussaale öffentlich aushängen. Dasselbe enthält:
Nr. 1202. Erlass, betreffend die Aufnahme einer Anleihe. Vom 14. Juni 1877.
Leipzig, den 21. Juni 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Geratti.

Bekanntmachung.

Das Comité für Errichtung eines Siegesdenkmals beabsichtigt Montag den 25. Juni die Modellskizze des Stiemering'schen Entwurfs auf der Fahrstraße des Augustusplatzes zur Aufstellung zu bringen.
Es wird daher die gedachte Straße für diesen Tag, von Vormittags 9 Uhr an bis Nachmittags nach erfolgtem Abbruch des Modellgerüsts, für den Fahrverkehr gesperrt.
Leipzig, am 21. Juni 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Rachel.

Leipzig, 22. Juni.

Neue Wollen sind seit einigen Tagen am politischen Himmel heraufgezogen. Alarmnachrichten schwebten und schweben durch die Blätter, die von einem thätigen Eingreifen Oesterreichs in die Orientwirren sprechen. Diese Gerüchte stehen offenbar mit den letzten Ereignissen im Zusammenhang. Dort haben die Türken weit hinter und glücklich operirt, als in Armenien und an der Donau; die Montenegriner sind arg in die Klemme gerathen und es ist sehr natürlich, daß sie, wie sie ihrerseits im Vorspiel des jetzigen Krieges den Serben zur Hand gingen, nun in ihrer Noth aus deren Hilfe rechnen. Der arme gute Milan, dem das Kriegsspiel so schlecht bekommen, hat zwar keine große Lust, sich wieder in den Strudel zu stürzen; Rußland verhält sich den Freundschaftsverbindungen Serbiens gegenüber kühl bis ans Herz hinan und weist seine Dienste, um Oesterreich nicht zu reizen, in sehr deutlicher Weise zurück; die serbische Regierung behauptet an allen Höfen und in allen möglichen Tonarten, daß sie neutral sein und bleiben wolle. Dennoch ist es nicht unmöglich, daß die Zwangslage der Montenegriner im hundertjährigen Serbien die Kriegspartei wieder ebenbürtig bringe, die ohnehin daraus brennt, ihre Scharen auszuweihen und entschlossen sein mag, sozulegen, sobald die Russen die Donau überschritten haben werden. Von diesem Augenblicke an werden die Türken in Bulgarien alle Hände voll zu thun haben und auf dem westlichen Kriegsschauplatz den vereinigten Serben und Montenegrinern gegenüber, verflücht durch die russischen Elemente in der Südostgrenze Oesterreichs sehr leicht zu einer bedrohlichen Machtentfaltung und Festigung gelangen, die nach dem Kriege nicht wieder rückgängig zu machen wäre, und da dies namentlich den Ungarn nicht gleichgültig ist, so glaubt man, daß Oesterreich den Augenblick für gekommen erachte, marschiren zu lassen. Die Zeitungen sind daher voll von Berichten über den bevorstehenden Einmarsch österreichischer Truppen in Bosnien oder wenigstens über die Aufstellung von Beobachtungscorps in Dalmatien, an der Militärgrenze und in Eisenbahnen. Die Berufung der in diesen Grenzländern commandirenden Generale Radich und Rollinax nach Wien wird mit jenen Ein- und Ausmarschplänen in Verbindung gebracht. Dazwischen hat eine offizielle Rundgebung aus Wien allen diesen Alarmnachrichten einen thätigen Dämpfer aufgesetzt; namentlich wird in Rede gestellt, daß eine österreichische Besetzung türkischer Gebietstheile bevorstehe. Wir glauben, daß dieses Dementi der Wahrheit entspricht. Oesterreich hat allerdings ein Interesse daran, daß Serbien nicht wieder in den Krieg einreize, und es wird seine Vorbereitungen in dieser Richtung treffen; aber es hat nicht nöthig, sich schon jetzt eine kriegerische Verwicklung auf den Hals zu laden, noch ehe jene Besetzung eingetroffen. Die Aufstellung eines Beobachtungscorps, die wir eher für wahrscheinlich halten, kann zunächst nur den Zweck haben, einen Druck auf Serbien, vielleicht auch auf Rußland im Interesse der Fernhaltung Serbiens auszuüben. Wird dieser abwiegende und dämpfende Zweck erreicht, so ist ein Einmarsch der Oesterreicher in türkisches Gebiet, ein Eingreifen in die tagespolitische Action völlig überflüssig. Ein solches wäre nur dann erklärlich, wenn die österreichische Politik sich plötzlich von Grund aus ver- dert hätte und mit der Absicht umginge, an der Seite der Türkei offen gegen Rußland aufzutreten. Es liegt aber Nichts vor, was auf den Eintritt einer solchen Wendung schließen läßt, und darum bleibt es für jetzt und hoffentlich auch später bei der Localisirung des Krieges. Würde Oesterreich auch nur Wien machen, thätig denselben eingreifen, so würde das so- fort einen finsternen Schatten auf ganz Europa werfen; der Friede wäre überall in Frage gestellt.

Die bisherige Politik Oesterreichs bürgt und aber dafür, daß es einen so verhängnisvollen Schritt nicht ohne die allerzwingendsten Gründe thun würde. Ueberlassen wir also die Russen, Türken und Montenegriner ihrem Schicksale und hoffen wir, daß die Ruhe im übrigen Europa ungestört bleibe.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 22. Juni.

In Anknüpfung an die Wahl im 6. Berliner Wahlkreise ist in der Presse wieder der Vorschlag der Einführung obligatorischer Wahlpflicht unter Androhung von Strafe im Falle der unentschuldigtem Nichtausübung aufgetaucht. Die „National. Corr.“ sagt darüber: „Wie man dies mit der Grundanschauung des Liberalismus vereinbaren zu können meint, ist uns unverständlich. Zudem wäre, so lange wir vom Wahlrecht sprechen, der Zwang zur Ausübung desselben ein Widerspruch. Das notwendige Correlat des Begriffs der staatsbürgerlichen Rechte ist, daß sie nach dem freien Ermessen der Berechtigten benutzt werden können oder nicht. Aber davon ganz abgesehen — was würde mit dem Zwange praktisch gewonnen? Die absichtliche Untertassung der Ausübung des Wahlrechts erfolgt, weil der Betreffende die Bedeutung dieses Actes nicht richtig würdigt, oder weil keiner der ernstlich in Betracht kommenden Candidaten seinen Anschauungen entspricht. Im letzteren Falle würde der Zwang nur eine Vermehrung der gesplitterten oder der unglücklichen (weisen) Stimmzettel zur Folge haben, d. h. es würde höchstens die Zahl der Stichwahlen vermehrt werden. Im ersteren Falle aber, im Falle des mangelnden Bewusstseins für die Bedeutung der Wahl, könnte der Zwang von den bedenklichsten Wirkungen werden. Der Unwissende wird eben nur den staatlichen Zwang empfinden. Bei dem Einen, der sich dadurch belästigt fühlt, kann dies sehr leicht die Folge haben, daß er den Agenten der am Lauffesten stehenden Opposition in die Hände fällt; bei dem Anderen wird es die Verleumdung erwecken, ob ob Derjenige gewählt werden müsse, den der Herr Landrath empfiehlt. In beiden Fällen kann weder die ideale Wahrheit noch das praktische Staatswohl gewinnen. Woju also eine derartige Reuerung?“ — Es wird sich wohl noch Gelegen- heit finden, auf diesen Gegenstand zurückzukommen.

Bald nach Empfang des kaiserlichen Entscheides in seiner Pensionierungs-Angelegenheit hat Con- stantial-Präsident Engel dem Präsidenten des Ewangelischen Oberkirchenrathes Herrmann einen Besuch abgestattet, um demselben persönlich sein ferneres Verbleiben im Amte und seine Be- reitwilligkeit zur Rückkehr in den Sinne des kaiserlichen Erlasses anzudeuten. Herr Präsident Herrmann bezeugte die gleiche Bereitwilligkeit und hat es alle der Verhandlung über einen „modus vivendi“ — wie von anderer Seite berichtet wurde — nicht bedurft.

Die neugebildete katholische Volkspartei in Bayern ist von den Hauptorganen der Centrumpartei von vornherein als Heftigste angegriffen worden. Man könnte sich sogar nicht, den Führer derselben als im preussischen Solde stehend zu verdächtigen. Die Ansicht dieses unerbörten Verfahrens konnte dem aufmerksamen Beobachter nicht verborgen sein. Die Centrumpartei, die in Preußen bekanntlich anfangs sogar den Versuch machte, sich als „Verfassungspartei“ auszuspielen, hat bisher alle erdenklichen Kunst- griffe jesuitischer Dialektik ausgeboten, um dem Borswerke zu begegnen, daß sie eine rein con- fessionelle Partei sei und deshalb in einer politischen Volksoberleitung überhaupt keine Existenzberechtigung habe. Sie behauptete, sich der Interessen der katholischen Kirche nur deshalb mit besonderem Eifer anzunehmen, weil das gute Recht gerade dieser Kirche gegenwärtig vom Staate aus Verge- gen schädigt werde; sie verführte aber, für jede andere Corporation unter gleichen Verhältnissen nicht in gleicher Weise eintreten zu wollen. Die ihr nachgesagte Absicht, das ganze Staatsrecht

unter die spezifischen Anschauungen der römischen Kirche zu beugen, bezeichnete sie als Verleumdung. Auf solche Weise suchte man die mit dem Befehle des modernen Staates schlechthin unvereinbare Gestalt des Ultramontanismus zu fixiren. Es begreift sich, welche Gefühle die schlauen Praktiker dieses Systems beherrschen müssen, wenn plötzlich in ihrem eigenen Lager eine Partei auftritt, welche sich selbst mit stolzer Aufrichtigkeit die Rolle „staatsmännischer Wächter“ ab- reizt und aller Welt jurist: „Seht her, so sind wir in Wirklichkeit!“ In der am letzten Sonntag abgehaltenen Generalversammlung der katholischen Volkspartei erörterte ein Herr Dr. Schäfer das Programm derselben und betonte dabei als ersten Punkt: „Wir wollen Katholiken sein, wir wollen als solche Einfluß gewinnen auf die öffentlichen Verhältnisse, auf das gesellschaftliche und staatliche Leben, wir wollen, was natür- lich nicht über Nacht möglich ist, womit aber ein Anfang gemacht werden muß, wir wollen Ein- fluß gewinnen auf die Gesetzgebung und das ganze staatliche Leben und unsere katholischen Grundsätze hinübertragen auf diese Dinge; wir wollen das öffent- liche Leben aufbauen auf der christlich- katholischen Grundlage, auf der Grund- lage, die uns gelehrt wird durch den Papst.“ Unumwunden kann es wahrlich nicht ausgesprochen werden: oberste Richtschnur für alles politische und sociale Leben ist der Papst. Das Centralorgan der Centrumpartei, die „Germania“, hat sich vor Kurzem zu dem Ge- ständnisse herbeigelassen, daß der ausgesprochene Zweck der katholischen Volkspartei in Bayern ein „echt katholischer“ sei; was sagt sie jetzt zu dem von Herrn Dr. Schäfer ausgesprochenen Zweck? Wir wissen, sie wird um irgend eine unbedenkbare Ausrede nicht in Verlegen- heit sein. Aber sie wird sich doch hüten, die Schimpfereien und Verdächtigungen, welche sie gegen Herrn Sigl auf den Markt gebracht hat, auf den geistlichen Programmredner und dessen 60 Amtskollegen, welche in der Versammlung zu Stadthaus Hofen Auftritte gehalten, zu übertragen. Hier ist das politische Glaubens- bekenntnis einer Anzahl von Männern, die ver- möge ihrer Stellung das vollste Recht haben, als die wahren Vertheidiger der römischen Kirche zu gelten. Werden sie vom Papste nicht aufs Aus- drücklichste abgelehnt, so ist damit festgestellt, daß jenes Glaubensbekenntnis die echte Politik des Ultramontanismus ist. Den „geriebenern Politikern“ des Centrums wird dann nur übrig bleiben, eben- falls die Rolle abzuspielen, oder aus der politischen Arena zu verschwinden.

Der Hauptmann im Generalstabe Freiherr v. d. Goltz, dessen Werk über „Gambetta und seine Armee“ so berechtigtes Aufsehen gemacht hat, ist eben aus dem Generalstabe in die Armee zurück, und zwar zu einem in Dessau garnisonirenden Regiment versetzt worden. Man erzählt darin wohl mit Unrecht eine Strafversetzung dieses Officiers, der in den Schluscapiteln seines Werkes eine ganze zu Gunsten der weisjährigen Dienstzeit gebrochen hat, allerdings unter Bedingungen, welche das ganze Land in ein bewaffnetes Lager verwandeln müßten.

In Verbindung mit der Einführung der deut- schen Justizgesetze hat sich auch eine Reform der Consulargerichtsbarkeit wünschenswerth und nothwendig gezeigt. Man ist im Reichs- justizamt mit den betreffenden Vorarbeiten be- schäftigt.

Der großbritannische Botschafter in Berlin, Lord Doo Russell, hat eine Verlängerung seines ursprünglichen nur sehr kurz bemessenen Urlaubs nachgesucht. Wie der „R. Z.“ aus London ge- schrieben wird, machte Lord Derby ihn unange- sprochen aufmerksam, daß er lieber jetzt einen längeren Urlaub nehmen sollte, da ein solcher im Spätsommer und Herbst dieses Jahres ihm schwerlich gegönnt werden würde.

Im ungarischen Unterhause brachte der Abgeordnete Simonfi folgende Anfrage an die Regierung ein: Ob dieselbe durch das Borgehen

Rußlands und Rumäniens den Pariser Ver- trag nicht für gebrochen und die Integrität der Türkei nicht für verletzt erachte, ferner ob dieselbe noch zu Recht bestehend ansehe und nicht die Zeit gekommen glaube, die Vertragsmächte Frankreich und England aufzufordern, daß im Einklänge mit der Florie die vertragmäßigen Ver- sühnungen getroffen würden.

In der französischen Deputirtenkammer führte am Donnerstag die Verlesung des Pro- tocols zunächst zu einem sehr lebhaften Zwischen- fall zwischen dem Deputirten Saint Paul, der unter dem Kaiserreiche eine hohe amtliche Stellung bekleidete und dem Deputirten und ehemaligen Polizeipräsidenten Renault. Saint Paul hielt seine Behauptung anrecht, Renault habe gesagt, er mache sich anheischig, mittelst einer Million König Heinrich V. nach Paris zurückzuführen; Renault bezeichnete wiederholt die Behauptung Saint Paul's als un begründet. — Nach dem Beginn der Verhandlungen machte der Handelsminister die Mittheilung, daß die Verhandlungen mit England über den Abschluß eines neuen Handels- vertrags fortbauerten. — Hieraus gelangte der Bericht der Budgetcommission zur Verhandlung. In demselben wird beantragt, die Bewilligung der directen Steuern abzulehnen und dieser An- trag damit begründet, daß die Regierung die neue Kammer so zeitig einberufen könne, daß die Bewilligung der Steuern noch vor dem 15. August d. J. möglich sei. Der Finanzminister eruchte um Bewilligung der Steuern, damit die Gene- ralräthe in der gewohnten herkömmlichen Weise in ihrer Augustsession die Vertheilung der Steuern vornehmen könnten und wies darauf hin, daß die Regierung, so sehr sie auch allen Ausschub zu vermeiden wünsche, die neue Kammer doch vor dem 15. August d. J. nicht einberufen könne. Der Minister erklärte ferner, daß wenn der öffentliche Dienst Nachtheil erleiden sollte, die Verantwortung dafür nicht die Regierung treffen werde. Nachdem Gambetta hierauf erwidert und hervorgehoben hatte, daß das Cabinet allein die Verantwortung für alle gegenwärtigen Schwierigkeiten trage, beschloß die Kammer mit 364 gegen 160 Stimmen, auf eine Vertheilung der Steuern gegenwärtig nicht einzugehen. Langlos empfahl hierauf demjenigen Theil des Berichtes der Budgetcommission, in welchem beantragt wird, die vom Kriegsministerium ver- langten Supplementarcredite zu genehmigen und hob dabei hervor, daß die Kammer, wenn sie auch Alles abgelehnt habe, sich Vertrauen zu dem jetzigen Cabinet ausdrücken würde, dennoch gewillt sei, alle für den Gang des Dienstes nothwendigen Maßregeln zu beschließen. Der Antrag wurde einstimmig genehmigt und die Sitzung sodann geschlossen.

Die Mittheilung, welche der Herzog Decazes vor einigen Tagen in der Kammer über die guten Beziehungen Frankreichs zu Deutschland machte, hatte folgenden Wortlaut: „Es war meine Pflicht, von unseren Vertretern Berichte über die im Auslande empfangenen Eindrücke einzufordern. Von Berlin schrieb mir der Vertreter Frankreichs am dortigen Hofe (Gontaut Dixon war also nicht genannt):

Berlin, 18. Mai 1877.
Herr v. Bismarck, den ich soeben gesehen, hat mir ge- sagt, daß die Beziehungen Deutschlands zu Frankreich unter unseren verschiedenen Cabineten und namentlich seit der Ankunft des Fürsten Hohenlohe in Paris sehr zufriedenstellender Art geblieben sind, daß sie in diesem Augenblicke gar nicht besser sein könnten und daß er bereitwillig anerkenne, daß die jüngste Veränderung nur für unsere inneren Angelegenheiten, nicht aber für unsere äußere Politik von Bedeutung wäre. Er sagte hinzu, daß die Führung unserer inneren Angelegen- heiten nur uns angehe und daß der Verbleib des Ministeriums des Aeußeren in denselben Händen in seinen Augen die beste Bürgschaft dafür sei, daß an unserer äußeren Politik Nichts geändert werden soll. (Französische Ausrufe laut.)

Ich muß doch lesen, was geschrieben steht.“
In Frankreich ist mit diplomatischen Noten schon zu oft ein teufelisches Spiel getrieben